

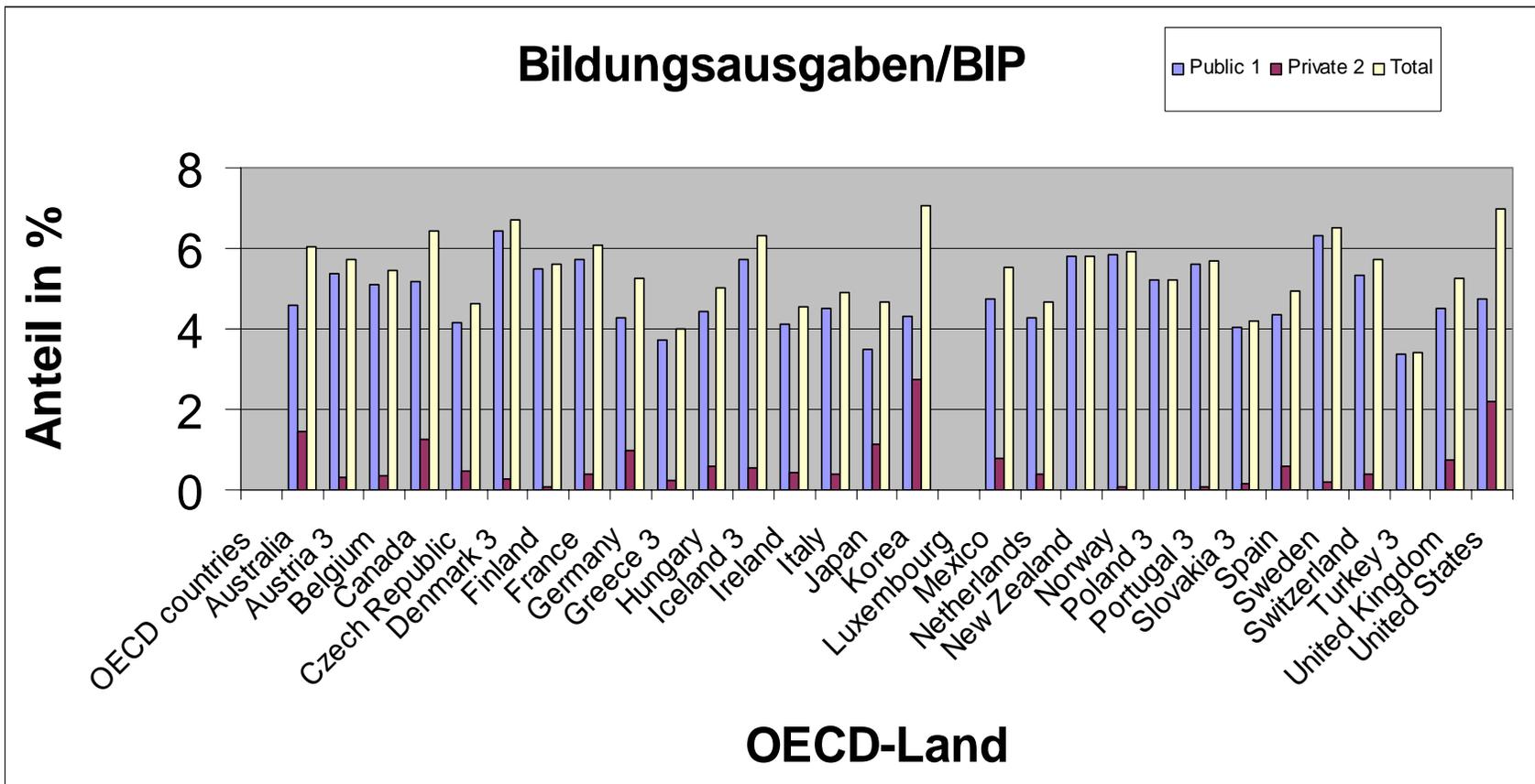
Bildung und Ökonomie – Wie weiter?

Alexander Recht

Bildungsausgaben im internationalen Vergleich

- Wichtige Größe für den Ländervergleich: Bildungsausgaben/BIP.
- Im Folgenden erfolgt eine Betrachtung der industrialisierten Länder der OECD.
- Ergebnis: Die BRD liegt nur im Mittelfeld beim Anteil der öffentlichen Ausgaben für Bildung am BIP!

OECD: Bildungsausgaben/BIP



Studiengebühren und ihre politische Begründung

- Die meisten Landesregierungen aller Couleur sagen: "Es gibt keine Alternative zu Studiengebühren! Der Haushalt ist klamm!"
- Doch die Frage lautet: Ist es unvermeidlich, dass die Haushalte wenig Steuereinnahmen haben?
- Nein, aber alle Parteien wollen niedrige Steuern und schaden so den öff. Haushalten!

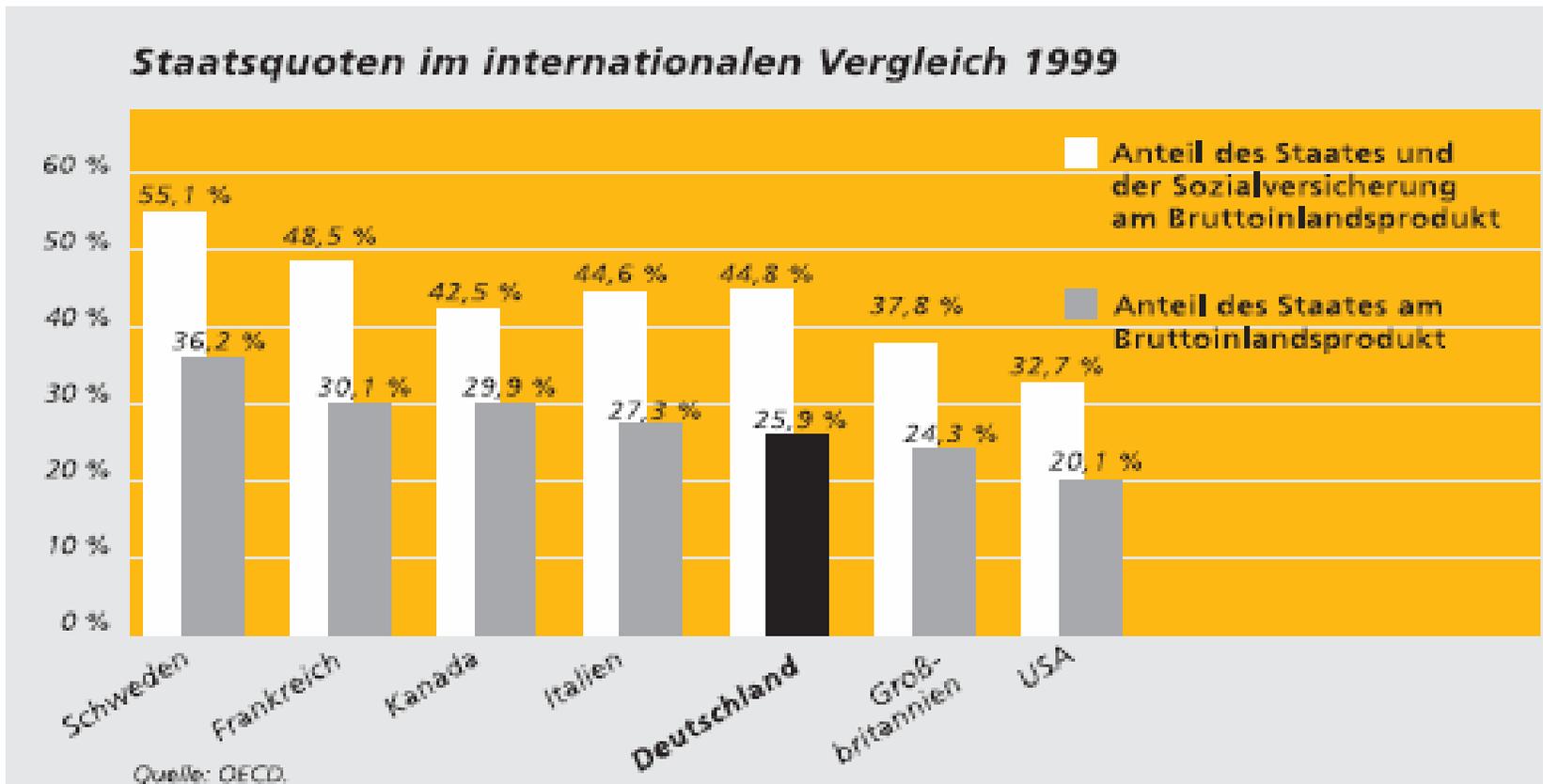
Die BRD bei der Bildung im Mittelfeld: politisch gewollt!

- Der geringe Anteil der öffentlichen Bildungsausgaben am BIP ist nicht natürlich.
- Er ist Ausdruck politischer Willensbildung der Politik, die bestimmte Ziele verfolgt und hierfür Gründe anführt.
- Wer die Höhe der Ausgaben kritisieren möchte, muss sich mit den genannten Zielen und Gründen beschäftigen.

Ziele der herrschenden Politik man sollte sie kennen!

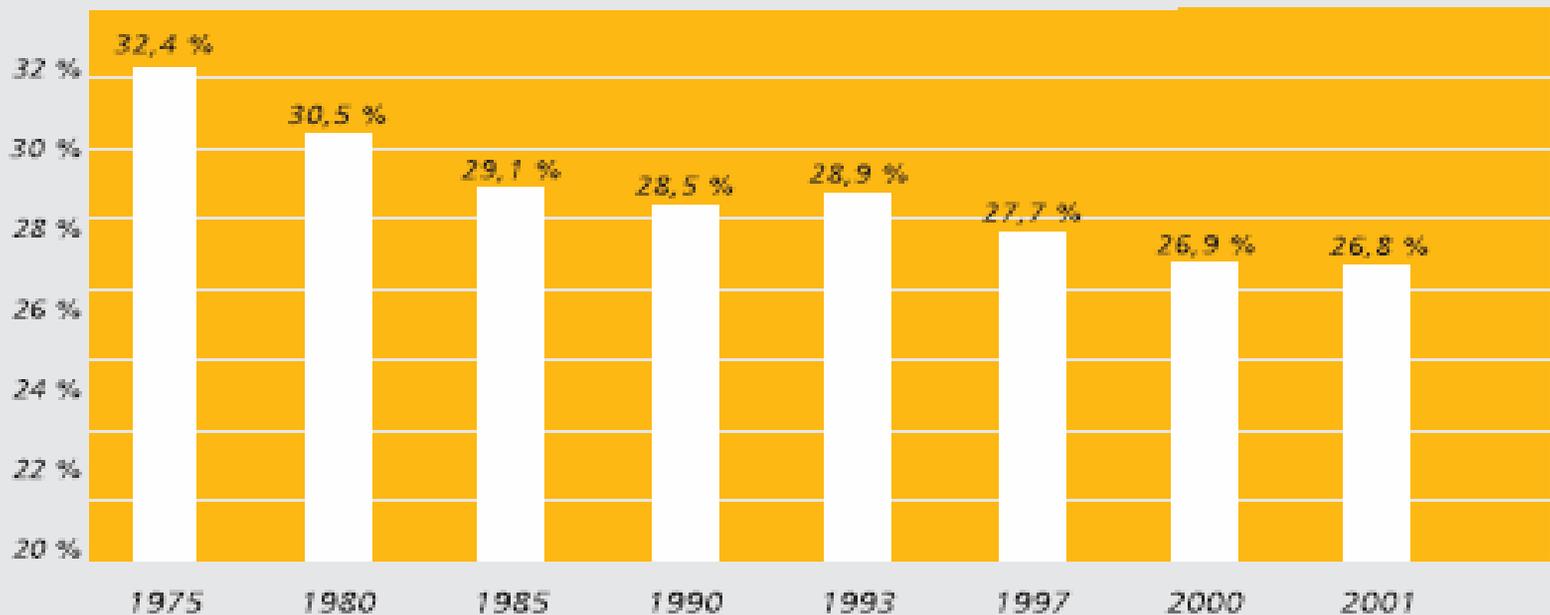
- Die Ziele der herrschenden Politik, nahezu unisono in allen Parteien vertreten, lauten:
 - die Steuern für Unternehmen senken;
 - die Steuern für Haushalte, auch für reiche, senken;
 - staatliche Ausgaben reduzieren.
- Und das sind die Effekte ...

Die BRD und ihre relativ niedrige Staatsquote



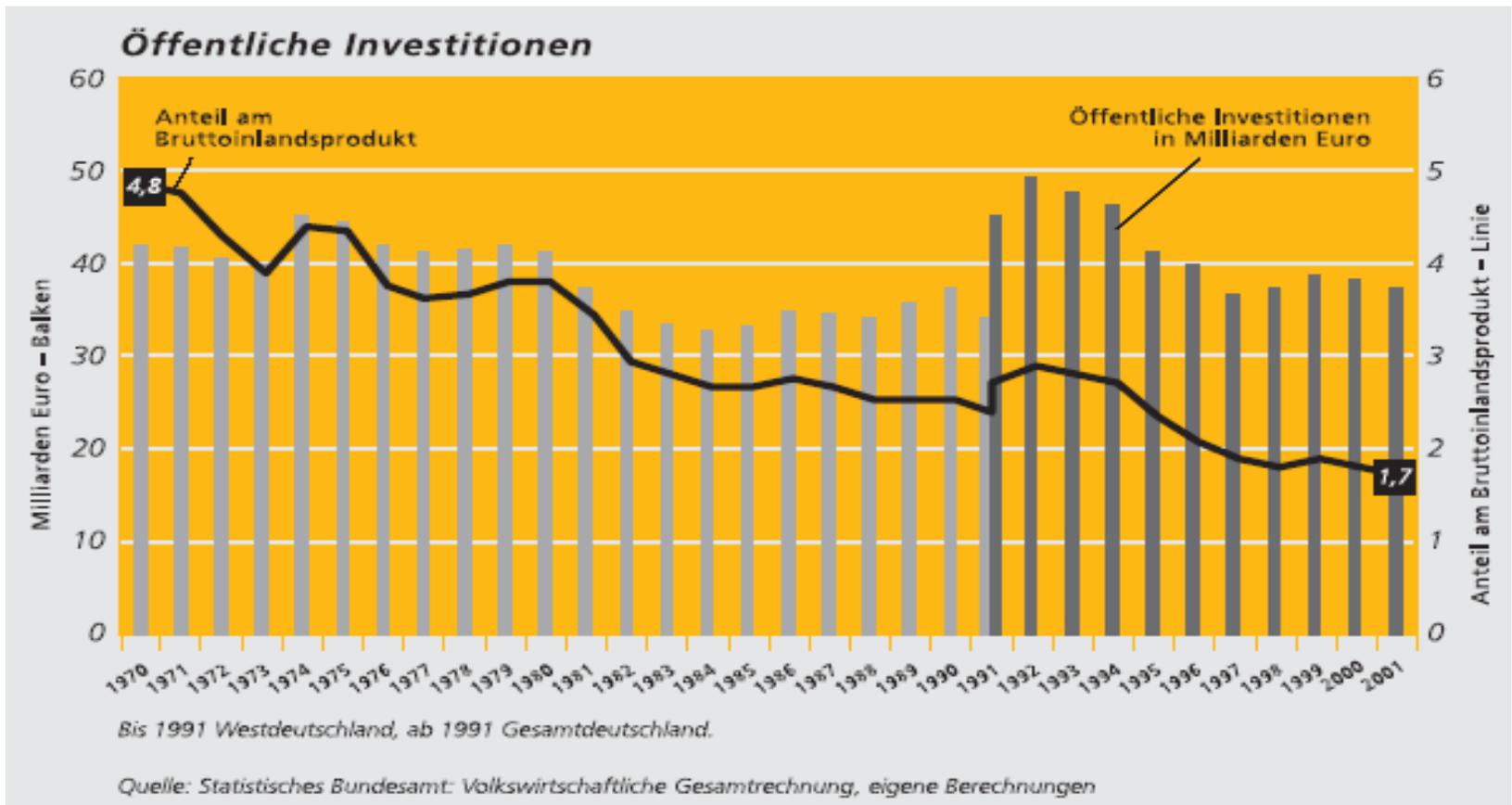
BRD: Anteil der Staatsausgaben am BIP im Verlauf der Zeit

Anteil der Staatsausgaben am Bruttoinlandsprodukt

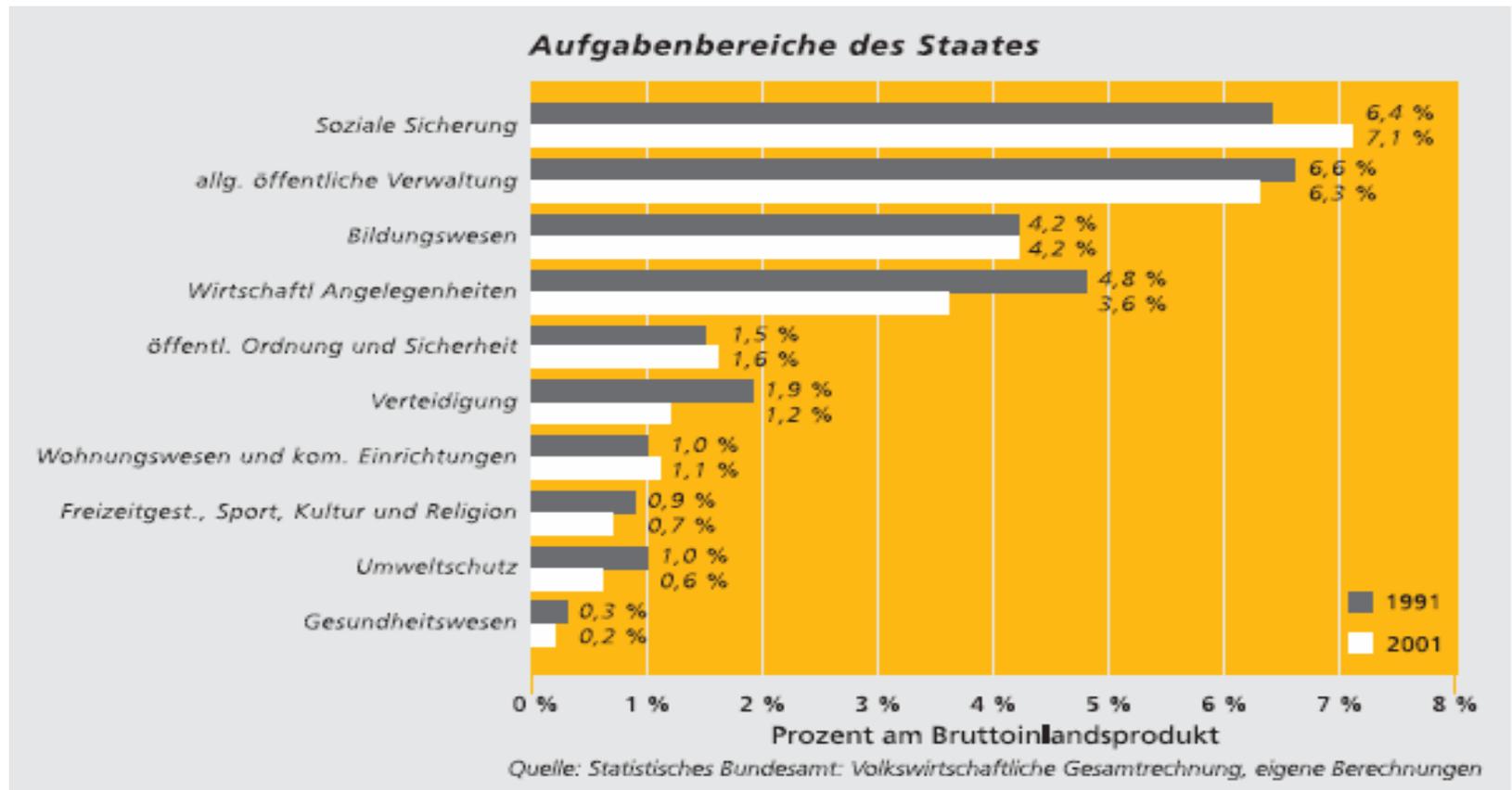


Quelle: Statistisches Bundesamt: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, eigene Berechnungen

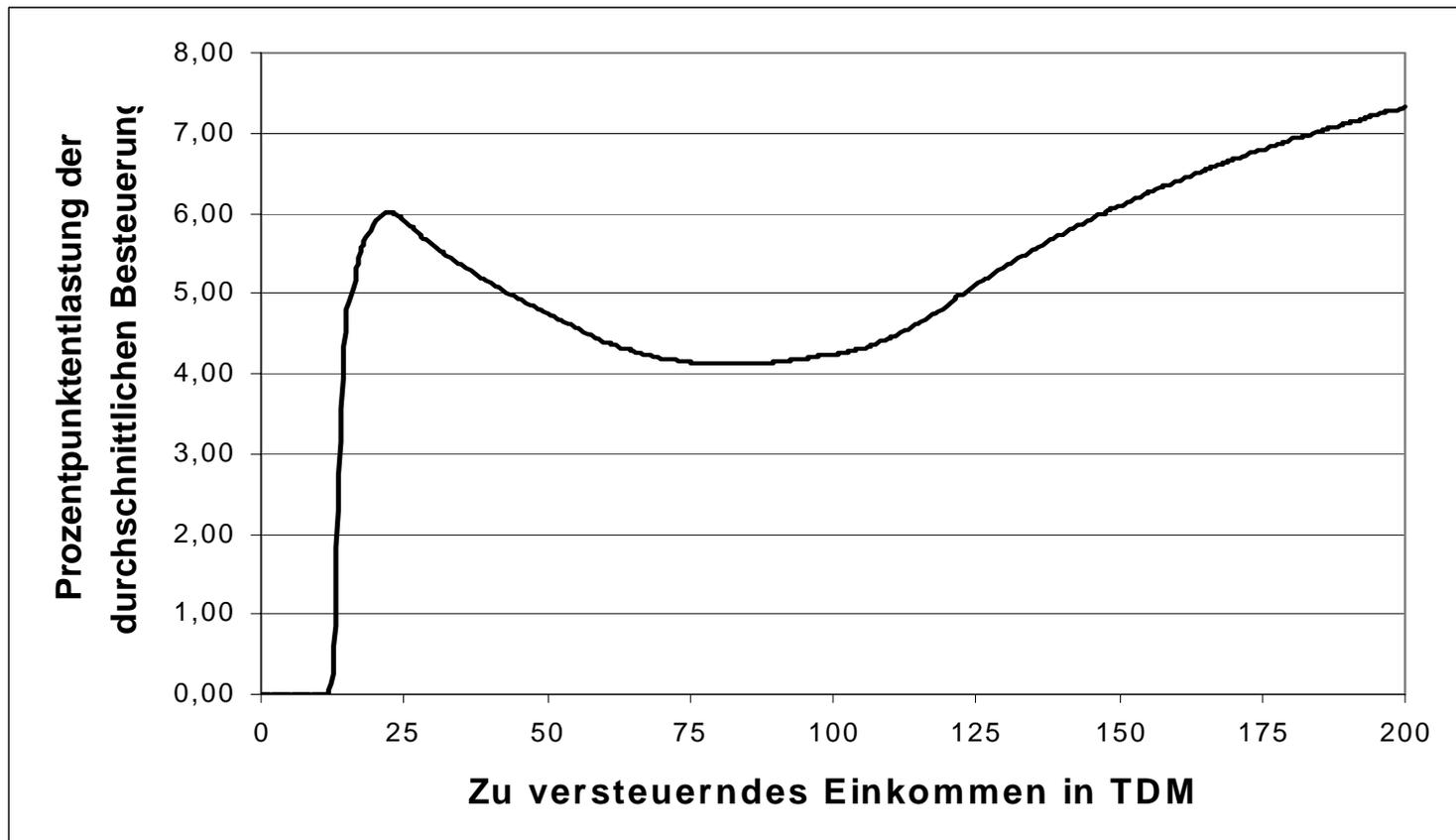
Der Anteil der öffentlichen Investitionen am BIP sinkt und sinkt!



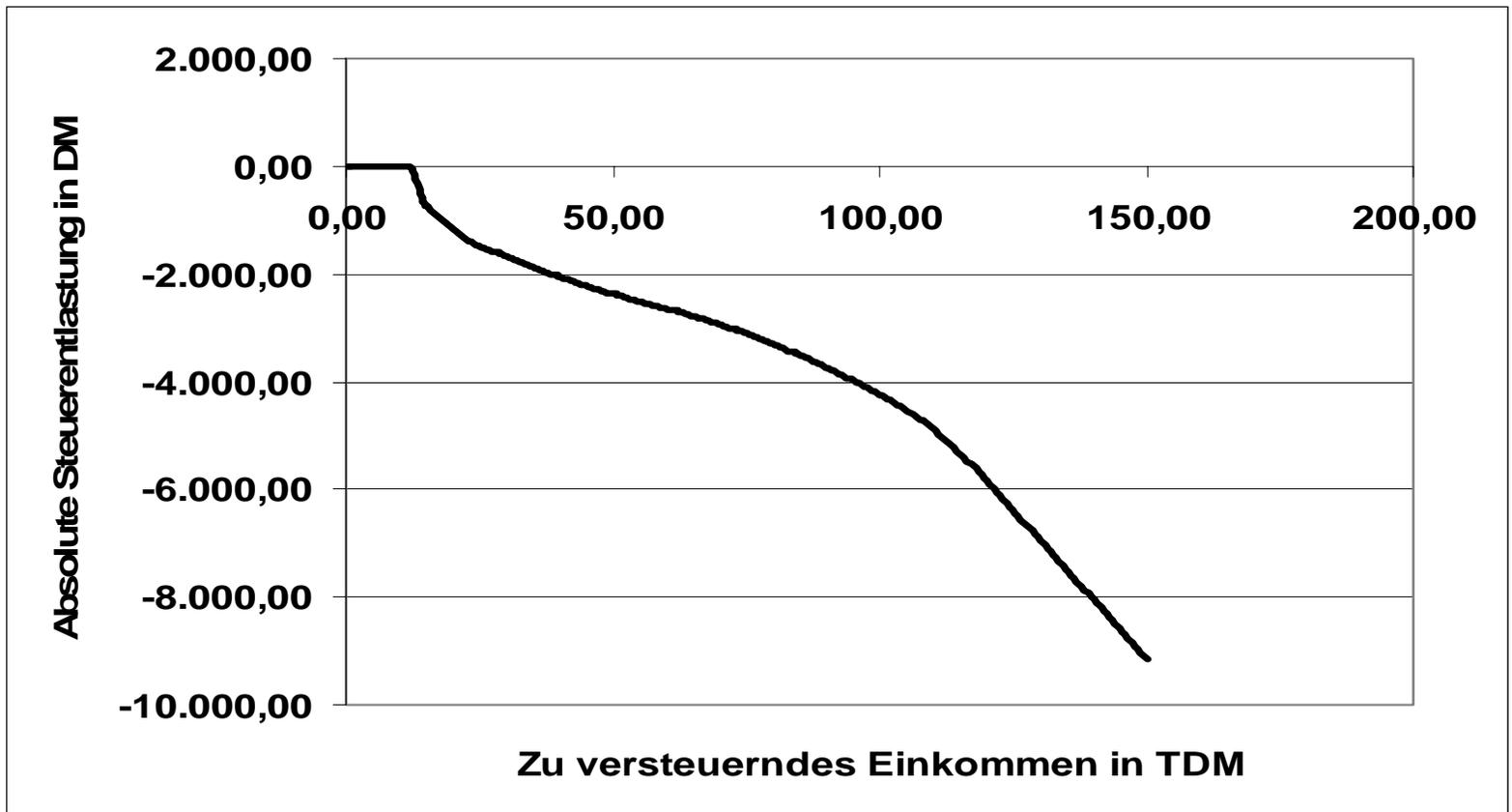
Verteilung der staatlichen Ausgaben auf verschiedene Bereiche im Verlauf



Prozentpunktentlastung bei der ESt von 1998 bis 2005



Absolute Steuerentlastung der ESt von 1998 bis 2005



Von der herrschenden Politik genannte Gründe für den schlanken Staat

- Das neoliberale Ziel des sog. "schlanken Staats" mit geringen Ausgaben und geringen Steuern wird wie folgt begründet:
 - Ziel: Stärkung der intern. Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen;
 - Ziel: Schaffung von mehr Binnennachfrage durch geringere Steuerlast;
 - Ziel: Größere Effizienz durch private Ausgaben.

Gefahr für die internationale Wettbewerbsfähigkeit der BRD? Nein!

- Die Steuerlast verschiedener Länder ist schwer zu vergleichen:
 - verschiedene Steuern;
 - verschiedene Steuerbemessungsbasen;
 - verschiedene Möglichkeiten der Reduzierung der Bemessungsbasis;
 - verschiedene nominale Steuersätze.
- Die BRD hat hier aber **kein** Problem!

Effektive makroökon. Steuersätze für Kapitalgesellschaften

Land	1980	1985	1990	1995	1996
BE	43,6	26,5	22,2	29,6	29,1
BRD	54,6	41,1	28,4	19,1	23,5
FRA	48,3	39,7	32,1	24,1	24,7
GB	58,1	52,0	68,1	42,3	43,2
IT	40,2	47,3	63,8	60,5	65,0
NL	26,3	17,6	21,4	22,2	28,1
SWE	39,2	29,9	71,1	28,9	45,7
Schnitt	28,7	36,3	43,9	32,4	37,0

Die BRD ist Exportweltmeister!

Das heißt: hohe Wettbewerbsfähigkeit!

- 2003 ist die BRD Exportweltmeister!
- Also: Weder hohe Steuern noch hohe Löhne noch hohe Lohnnebenkosten haben die Wettbewerbsfähigkeit gefährdet.
- Es gibt kein Kostenproblem, denn offensichtlich brummt der Außenhandel.

Mal ein anderer Zusammenhang zur Wettbewerbsfähigkeit ...

- Ökonomisch hoch entwickelte Nationen, die hochwertige Waren und Dienstleistungen veräußern möchten, sind angewiesen auf:
 - öffentliche Dienstleistungen, Investitionen und Infrastruktur;
 - hoch **qualifizierte** und gut bezahlte Arbeitende;
 - auf hochwertige Sicherungssysteme, die die Produktivkraft der Menschen erhöhen.

Es gibt ein Problem durch die Exportorientierung der BRD!

- Das Problem in der BRD ist momentan:
 - die Wettbewerbsfähigkeit **ist** bereits hoch und kaum noch steigerbar;
 - Steuer- und Beitragssenkungen sowie Lohnkürzungen erhöhen nicht mehr die Wettbewerbsfähigkeit, aber vernichten Binnennachfrage;
 - zudem besteht die Gefahr einer Aufwertung.

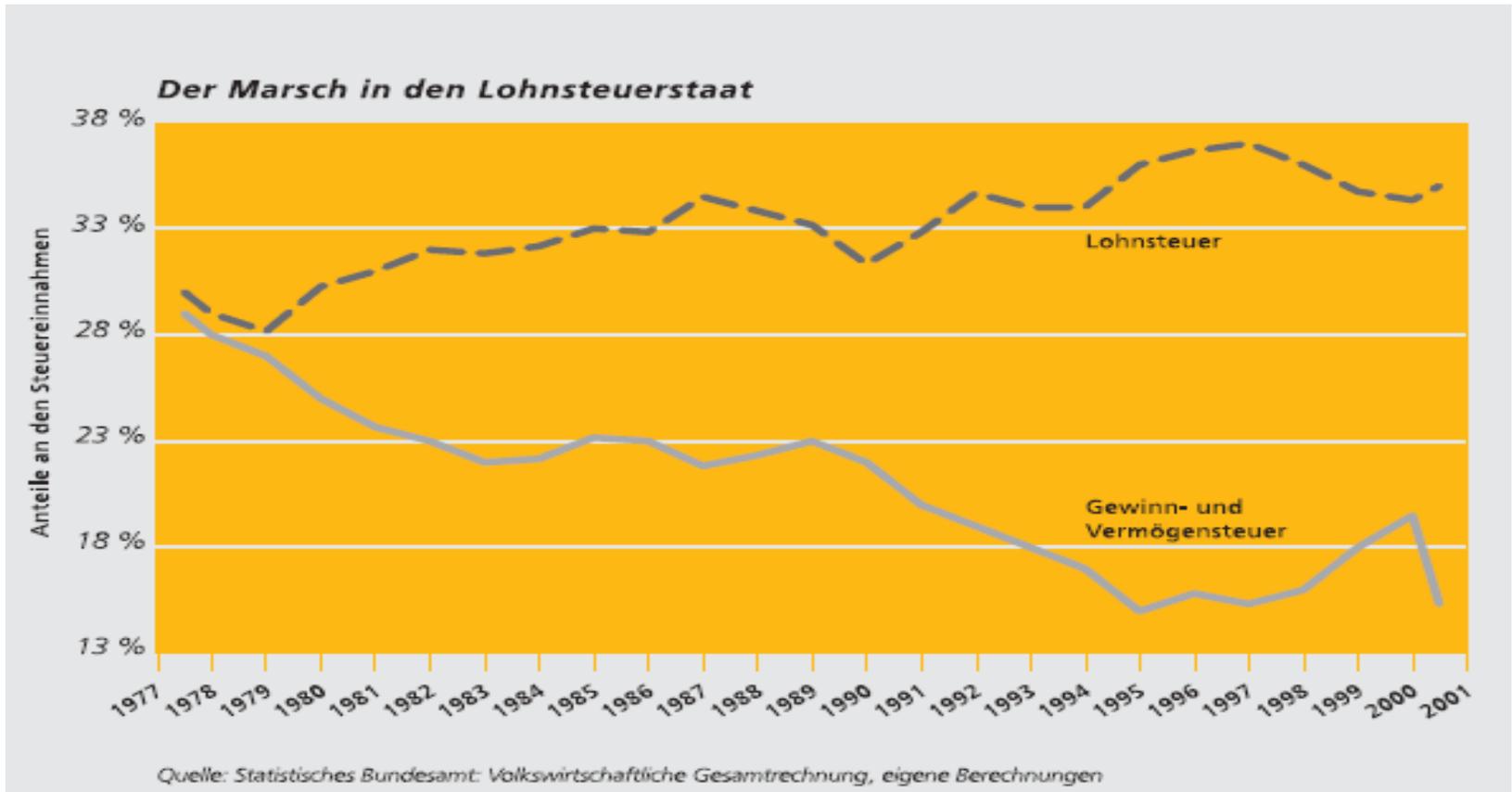
Macht "Steuern runter" das "Inland munter"? Nein!

- Zwar steigen die privaten Nettoentgelte (verfügbar für Konsum/Ersparnis) durch sinkende Steuern.
- Aber gleichzeitig sinken die durch die Steuern finanzierten Ausgaben **stärker**.
- Hierdurch sinkt insgesamt die Nachfrage und dadurch die Produktion und die Beschäftigung.

Gerade der Mittelstand braucht öffentliche Ausgaben!

- Oft wird auch auf den Mittelstand abgestellt: Wären die Steuern geringer, gäbe es mehr Nachfrage für den Mittelstand.
- Aber gerade hier gilt: Der allgemeine Nachfragerückgang durch geringere öff. Ausgaben wiegt stärker als die Ausdehnung von Nachfrage einiger Haushalte wegen evtl. geringerer Preise durch geringere Steuern.

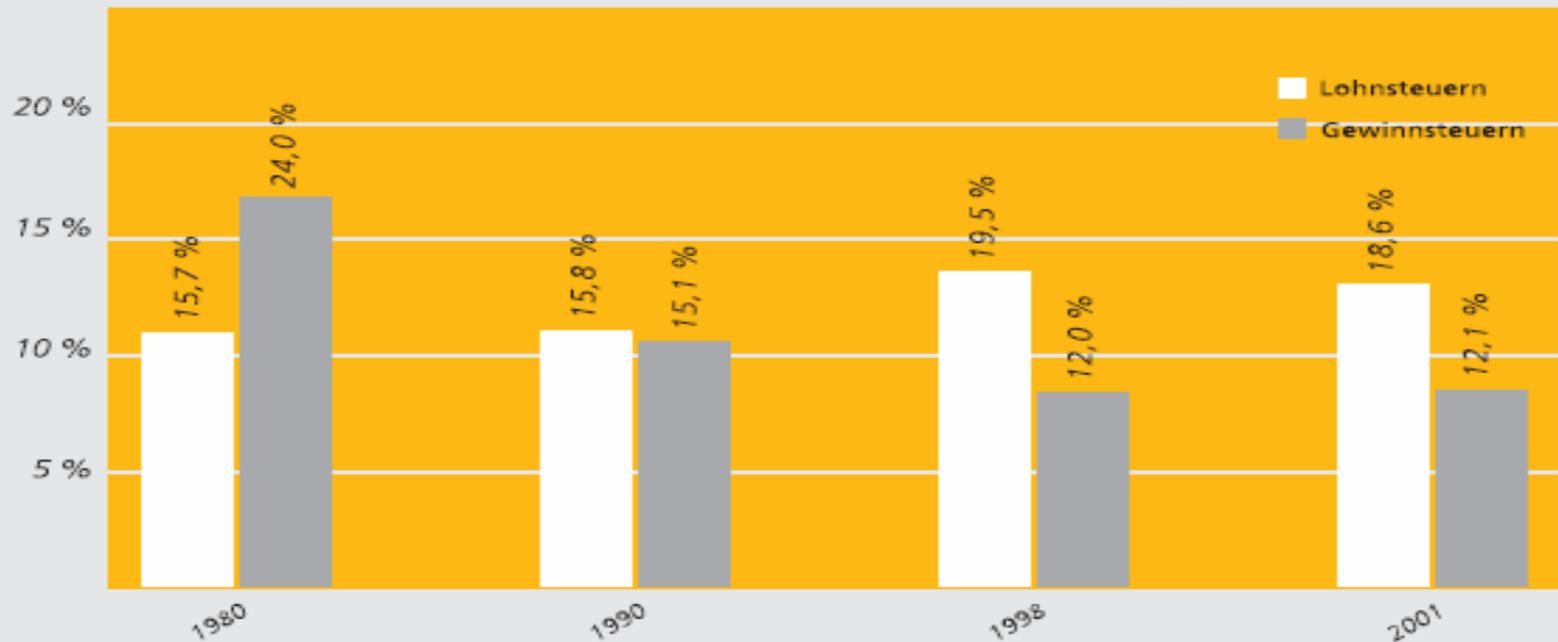
Unternehmen zahlen anteilig am Aufkommen immer weniger Steuern!



Unternehmen zahlen anteilig am Einkommen weniger Steuern!

Steuerbelastung der Beschäftigten wächst

Wieviel Prozent des Einkommens wird durchschnittlich für Steuern aufgewandt?



Quelle: Statistisches Bundesamt: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, eigene Berechnungen

Der Zusammenhang von Steuersenkungen und Arbeitslosigkeit

- Weder theoretisch noch empirisch lässt sich nachweisen, dass Steuersenkungen mehr Wachstum oder mehr Beschäftigung schüfen.
- Offenbar hat auch die Politik der BRD es nicht vermocht, die Arbeitslosigkeit in den Griff zu bekommen.

Ein paar Takte zum kapitalistischen Grundproblem

- Es gibt Überkapazitäten wegen zu vieler Investitionen gestern und zu wenig heute, Disproportionalitäten, geringen Verbrauchs.
- Heutige Investitionen lahmen selber wegen zu geringen Verbrauchs und zu geringer Investitionen heute.
- Unternehmen geben ihre Gewinne von gestern nicht für reale Investitionen aus.

Ein paar Takte zum kapitalistischen Grundproblem

- Überakkumulation als kapitalistisches Problem von Konkurrenz und Nicht-Abstimmung.
- Unterverbrauch als typisches Problem kapitalistischer Gewinnmaximierung.
- Produktivitätssteigerung ist stärker als die Nachfrage mit der Folge von Arbeitslosigkeit ohne AZV.

Und wie steht es um die Frage der Effizienz?

- Auch weil die makroökonomische Erklärung nicht stichhaltig ist, gewinnt eine andere, mikroökonomische Erklärung der Forderung des schlanken Staats an Bedeutung.
- Private statt öffentlich-politischer Ausgabenentscheidung entspräche angeblich eher individuellen Präferenzen.

Bildung als öffentliches Gut – auch in der klassischen Doktrin

- Selbst klassische Ökonomen räumen in gewissen Fällen Marktversagen ein, etwa bei
 - öffentlichen Gütern,
 - externen Effekten.
- Ein öffentliches Gut hat zwei Merkmale:
 - **Nicht-Rivalität** → gesell. Grenzkosten = 0.
 - Nicht-Ausschließbarkeit.

Der Genuss von Bildung rivalisiert nicht – im Gegenteil!

- Wenn 10 Personen in einem Hörsaal sitzen und eine elfte tritt hinzu, wird der Genuss von Bildung für die anderen nicht eingeschränkt.
- Da es keinen Nutzenentgang gibt, sind die gesell. Grenzkosten = Null.
- Im Gegenteil gibt es sogar positive externe Effekte: Netzwerknutzen, Nachahmung, Lerneffekte, Imitation etc.

Preise bei Nicht-Rivalität und positiven externen Effekten sind unsinnig!

- Wenn die Grenzkosten der zusätzlichen Inanspruchnahme von Bildung Null sind, macht es keinen Sinn, der entsprechenden Person einen Preis abzuverlangen.
- Wenn Personen zu positiven externen Effekten beitragen, macht es keinen Sinn, diesen jeweils einen Preis abzuverlangen.

Und die vollen Hörsäle – ist das etwa keine Rivalität?

- Oft wird entgegnet, dass volle Hörsäle ein Beleg dafür seien, dass es doch Rivalität gäbe.
- Hier ist zu sagen: Es handelt sich um eine Rivalität, die erst durch eine bewusst politisch herbeigeführte Knappheit erzeugt wird. Bei hinreichendem öffentlichem Angebot gibt es keine Rivalität!

Bildung ist auch ein meritorisches Gut – oder: Bildung ist keine Ware!

- Neben der eher klassischen Ökonomie über die Argumentation des Marktversagens gibt es noch ein weiteres, normatives Argument:
- Es gibt Bereiche, die nicht marktförmig, sondern demokratisch entschieden werden sollen und die die Öffentlichkeit bewusst ohne individuelle Preise bereitstellen möchte.

Gründe für das auch meritorische Gut 'Bildung'

- Die Öffentlichkeit möchte niemanden über Preise von Bildung ausschließen, weil ein niedriges Einkommen dann die Nutzung ausschließen würde.
- Die Öffentlichkeit möchte über kulturelle Fragen des Wissens, der Lehre und der Forschung politisch und demokratisch entscheiden (lassen).

Mit der Meritorik hören die Schwierigkeiten aber nicht auf!

- Erstens ist zu klären, wie politisch entschieden werden soll: von Parlamenten bzw. Regierungen (auf welcher Ebene von Gebietskörperschaft?) und/oder von den Selbstverwaltungsorganen der Unis?
- Zweitens ist zu klären, was eigentlich unter Bildung verstanden werden soll.

Politik kann es oftmals besser, aber auch das ist nicht so einfach!

- Auch politische Prozesse müssen der Anforderung genügen, individuelle Präferenzen abzubilden. Dabei ist es jedoch eher möglich, Egoismus zu vermeiden.
- There's no such thing as a free lunch. Also kommt es darauf an, die menschlichen Ressourcen politisch sinnvoll einzusetzen.

Mehr Demokratie in der Bildung wagen? Ja! Aber wie und wofür?

- Eine wichtige Frage lautet: Welche Fächer sollen in welchem Umfang angeboten werden?
 - Bezug auf die Gegenwart und/oder die Zukunft?
 - Nur direkte berufliche Nützlichkeit und/oder auch kulturelle Werte sichern?
 - Fachspezifische und/oder Fächer übergreifende Inhalte vermitteln?

Das alte/neue Duell: Humboldt vs. Schleiermacher?

- Wollen wir eher allgemeine Bildung oder eher spezielle?
- Ist das überhaupt ein Gegensatz?
- Können allgemeine und berufliche Bildungsinhalte nicht stärker kombiniert werden?
- Ist die Trennung in Unis und FHs sinnvoll?